



Winterthur, 9. Januar 2019

## **Medienkonferenz der SP Bezirk Winterthur zu den Kantonsratswahlen 2019**

Wahlkreis Winterthur Stadt

### **Es sprechen**

Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Winterthur

Andreas Daurù, Kantonsrat SP

Rafael Steiner, Kantonsrat SP

Susanne Trost Vetter, Kantonsrätin SP

Sarah Akanji, Kantonsratskandidatin SP

Roland Kappeler, Kantonsratskandidat SP



## **Ein zusätzlicher Sitz für die SP**

*Mattea Meyer, Co-Präsidentin SP Bezirk Winterthur*

Wir von der SP Winterthur engagieren uns für ein soziales und ökologisches Winterthur, doch die rechte Mehrheit im Kantonsrat macht uns immer wieder einen Strich durch die Rechnung. Deshalb spielt es für Winterthur eine entscheidende Rolle, wer im Kantonsrat das Sagen hat.

**Das Ziel der SP des Bezirks Winterthur Stadt ist es, stärkste Kraft zu bleiben sowie mit einem absoluten und prozentualen Stimmengewinn einen zusätzlichen Sitz zu erlangen.** Mit den drei Bisherigen (Andreas Dauru, Rafael Steiner, Susanne Trost) treten wir mit einer starken Listenspitze an. Auf sie folgen 10 motivierte, engagierte Kandidatinnen und Kandidaten, die vielseitige Erfahrungen, Kompetenzen und Interessen mitbringen.

Die SP hat im Herbst im Rahmen einer Quartierumfrage mit über 600 Winterthurerinnen und Winterthurern an der Haustüre oder am Telefon über ihre politischen Anliegen gesprochen. Sie wird die Anliegen in den Gemeinderat respektive den Kantonsrat tragen.

Zudem stellt die SP Kanton Zürich im Rahmen des Projekts „Zürich mitgestalten“ sechs Ideen für SP-Initiativen vor. Die Bevölkerung bestimmt nun mit einem Voting, welche Initiative eingereicht wird. An einer Veranstaltung am 17. Januar werden die Themen unter Beisein der Winterthurer Regierungsrätin Jacqueline Fehr vorgestellt und diskutiert.

Neben zahlreichen Stand- und Flyeraktionen sowie Plakaten am Gartenzaun und Balkon setzen wir erneut auf die bisher erfolgreiche Mobilisierung der eigenen Bekanntenkreise.

Das aktuelle Wahlkampfbudget der SP Bezirk Winterthur (Stadt und Land) beträgt rund 54'000 Franken und setzt sich aus Spenden, Beiträgen der Gewählten sowie Mitgliederbeiträgen zusammen.



## Liste der Kandidierenden

- 1) Andreas Daurù (bisher) 1979, Pflegefachmann/Teamleiter
- 2) Rafael Steiner (bisher) 1987, Unternehmer/Informatiker
- 3) Susanne Trost Vetter (bisher) 1956, Germanistin/Theaterschaffende
- 4) Sarah Akanji (neu) 1993, Projektmitarbeiterin
- 5) Roland Kappeler (neu) 1958, Gymnasiallehrer/Dr. oec.
- 6) Eva Slavik (neu) 1981, Dozentin/Dr. iur.
- 7) Deniz Cetin (neu) 1974. Schulsozialarbeiter
- 8) Florina Pantli (neu) 1991, Haustechnikplanerin/Studentin
- 9) Jan Schellenberg Han (neu) 1968, Kinderarzt/stv. Leitender Arzt
- 10) Elena Wild (neu) 1994, admin. Mitarbeiterin
- 11) Michael Stampfli (neu) 1988, Jurist
- 12) Lea Jacot-Descombes (neu) 1984, Physiklehrerin
- 13) Fredy Künzler (neu) 1968, Unternehmer/Internet Engineer



## **Zum Wohle der Patientinnen und Patienten**

*Andreas Daurù, Kantonsrat, Co-Präsident SP Kanton Zürich, Pflegefachmann*

In der zu Ende gehenden Legislatur war die von der rechten Mehrheit gewünschte Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und der Integrierten Psychiatrie (IPW) die kantonsrätliche Vorlage, die für die Stadt Winterthur und ihre Bevölkerung die grösste Auswirkung gehabt hätte. Die SP hat sich zusammen mit den Gewerkschaften gegen den Ausverkauf der öffentlichen Gesundheitsversorgung gewehrt. Mit ihrem klaren Nein, insbesondere in Winterthur, haben die Stimmberechtigten gezeigt, welche Gesundheitspolitik sie sich in diesem Kanton wünschen. Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SP möchte ich im Kantonsrat gerne auch in der kommenden Legislatur für eine Gesundheitsversorgung kämpfen, die primär das Wohl der Patientinnen und Patienten im Fokus hat und die Spitäler nicht weiter dazu zwingt, überdurchschnittliche Gewinne zu machen. Die Spitäler sollen die Betreuung und Versorgung aller Menschen, unabhängig von Versicherungsstatus oder Krankheitslast und Alter, entsprechend wahrnehmen können und sich nicht auf einen sinnlosen Wettbewerb konzentrieren müssen.

In den kommenden Jahren gilt es im Bereich der Gesundheitspolitik einiges in Angriff zu nehmen:

- Eine Spitalliste, die keine Überversorgung provoziert und Privatspitäler nicht überbevorzugt.
- Keine weiteren Privatisierungen im Bereich der Gesundheitsversorgung
- Genügende und gerechte Finanzierung von ambulanten Angeboten in Spitälern und der Psychiatrie

Zudem werden die steigenden Krankenkassen-Prämien für einen immer grösseren Teil der Menschen zu einer schweren finanziellen Last, insbesondere bei Familien und Alleinerziehenden. Hier braucht es höhere Prämienverbilligungen. Wir werden uns im Rahmen der Totalrevision des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz auf kantonalen Ebene dafür einsetzen und fordern so schnell wie möglich die Erhöhung des Kantonsanteils des Bundesbeitrages für die Prämienverbilligung auf 100%.

Es ist deshalb wichtig, wer für die Stadt Winterthur im Kantonsrat sitzt – es braucht mehr SP und mehr Einsatz für unsere vielfältige, moderne und soziale Stadt.



## **Eine kantonale Politik im Sinne der Städte**

*Rafael Steiner, Kantonsrat, IT-Unternehmer*

Seit meiner Geburt ist Winterthur meine Heimat und ich habe nahezu meine ganze Bildungs-Laufbahn in dieser Stadt absolviert. Winterthur ist eine Bildungsstadt. Die ZHAW ist in den letzten Jahren gerade auch hier stark gewachsen. Sie zieht damit junge Menschen aus der ganzen Schweiz an. Dies belebt die Stadt und fördert die lokale Kultur. Deshalb lohnt es sich, das studentische Wohnen zu fördern und Start-Ups gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Kantonsrat werde ich mich auch weiterhin für den ZHAW-Standort Winterthur und für die Interessen der Studierenden einsetzen.

Als Winterthurer im Kantonsrat erlebe ich immer wieder, wie die rechte Mehrheit eine Politik betreibt, die sich gegen die Städte Zürich und Winterthur richtet. Die Stadt fördert den Veloverkehr und optimiert Busverbindungen – die Rechten im Kantonsrat stört dies, da sie einseitig Autos bevorzugen wollen. Mit verschiedenen Vorstössen wollen sie hier die Kompetenzen der Städte beschränken. Während die Rechten im Kantonsrat den Städten also alle möglichen Vorschriften machen möchten, ist in anderen Bereichen Deregulierung das Schlagwort. Man sieht dies exemplarisch an den bevorstehenden Abstimmungen vom Februar zum Wasser- und zum Hundegesetz.

Bereits während meines Studiums habe ich in Winterthur ein Unternehmen im Bereich Software-Entwicklung gegründet. Zusammen mit zwei Geschäftspartnern leite ich heute dieses Unternehmen mit 14 Mitarbeitenden. Hier sehe ich auch, dass die bürgerliche Wirtschaftspolitik völlig an den Bedürfnissen von KMU vorbeipolitisiert. Diese beschränkt sich auf Steuersenkungen, insbesondere für Immobiliengeschäfte. KMUs brauchen aber nicht primär tiefe Steuern, sondern sind auf eine gute Infrastruktur (ÖV, Glasfaser etc.), bezahlbare Büroflächen sowie Wohnraum für die Mitarbeitenden und eine gute Ausbildung für zukünftiges Personal angewiesen.

Winterthur ist eine tolle Stadt zum Leben und ein guter Standort für Unternehmen. Damit dies so bleibt, müssen jedoch die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür will ich mich auch weiterhin einsetzen und dafür braucht es mehr SP im Kantonsrat!



## **Von der frühen Förderung bis zur Hochschule: Ja zu einer starken Bildung**

*Susanne Trost Vetter, Kantonsrätin, Schulpflegerin, Theaterschaffende*

Aufgrund meines beruflichen Hintergrundes bilden Fragestellungen rund um die Bereiche Bildung und Kultur einen Schwerpunkt meiner Arbeit im Kantonsrat. Bildung und Kultur sind unverzichtbare Bestandteile für das Funktionieren der Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass diese Grundlagen für ein menschliches Miteinander einem ständigen Abbaudruck unterworfen oder zweitrangig behandelt werden. Die bürgerlichen Parteien im Kantonsrat weisen gerne die Verantwortung von sich (Bsp. Nichteintreten auf die Vorlage des Musikschulgesetzes) oder schieben finanzielle Konsequenzen auf die Gemeinden ab (Bsp. vorgeschlagene Kommunalisierung der Schulleitungspensen).

Für mich ist klar: Bildung muss für alle Bevölkerungsschichten gleichermassen zugänglich sein. Alle Kinder sollen optimale Bildungschancen erhalten, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialer Stellung. Dazu gehört der Ausbau der ausserfamiliären Betreuung oder auch eine Stärkung der frühen Förderung. Die SP verfolgt hier konkrete Vorschläge wie eine stärkere Finanzhilfe für Kinderkrippen und einen Ausbau von Tagesschulen in Winterthur und im ganzen Kanton. Aber auch die Stärkung des Kindergarten- und Lehrer\*innenberufes ist zukunftsweisend, wie ich in meiner Tätigkeit in der Schulpflege immer wieder sehe.

Im kulturellen Bereich gilt es, die gesetzten Standards zu behalten und zu erweitern, statt aus Kostengründen finanziell zurückzufahren. Eine Stadt wie Winterthur ist auf ihr kulturelles Angebot angewiesen, um als Wohn- und Arbeitsstadt lebendig und attraktiv zu sein. Es gibt viele gute Ansätze wie die geplante Museumsfusion – mit der Neuorganisation der kantonalen Kulturförderung kann sich die Situation aber schnell verschlechtern. Auch hier wird sich die SP mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Mittel gerecht und fair eingesetzt werden: Kultur ist für alle da, nicht nur für wenige.

Winterthur ist es wert, im Kanton gut vertreten zu sein und ich trage gerne zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der neuen Legislatur meinen Teil dazu bei.



## **Junge Menschen brauchen eine Stimme im Kantonsrat**

*Sarah Akanji, Kantonsratskandidatin, Projektleiterin Frauenteam FC Winterthur, Campaignerin*

Im Sommer 2016 habe ich als Projektinitiantin und -leiterin das Frauenteam des FC Winterthur (FCW) mitgegründet, weil ich mich an dem mangelnden Angebot für talentierte Fussballerinnen störte. Ich wollte auch für Winterthur die positive Entwicklung, welche sich im Frauenfussball in den letzten Jahren zeigte. Doch mir war klar, dass dies nicht von alleine geschehen wird. Für Veränderungen muss man aktiv etwas tun. Man muss sich für sein jeweiliges Anliegen einsetzen. Genau das möchte ich auch im Kantonsrat tun.

Die Gründung des neuen Teams beim FCW erfolgte nicht nur aus Interesse am Fussball, sie hatte auch einen politischen Hintergrund. Frauen sollen und dürfen nicht aufgrund ihres Geschlechts – weder im Fussball noch in anderen Bereichen – benachteiligt werden. Hier ist die Politik gefordert: Der Kanton Zürich soll fortschrittlich sein und Chancengleichheit ermöglichen. Ich wünsche mir für meine und für zukünftige Generationen, dass wir bestmöglich in unseren Stärken und Interessen unterstützt werden und uns keine Steine in den Weg gelegt werden. Es darf keine Rolle spielen, welches Geschlecht, welche Herkunft, welches Alter oder welchen sozialen Status jemand hat. Aus diesem Grund engagiere ich mich für die Förderung des Frauenfussballs. Und aus diesem Grund setze ich mich für Lohngleichheit ein.

Fairness ist für mich im Sport wie auch im Leben allgemein ein entscheidender Faktor, damit das Zusammenleben funktioniert. Wollen wir nicht alle einen Kanton, der gerecht ist? Wollen wir es nicht allen ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen? Es braucht ein kantonales Parlament, in welchem Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen vertreten sind. Doch Frauen und auch junge Menschen sind im Kantonsrat immer noch unterrepräsentiert. Bei den kommenden Wahlen für den Kantonsrat haben wir nun gemeinsam die Möglichkeit, dies zu ändern.

Um die Anliegen von jungen Menschen vertreten zu können, brauchen sie eine Stimme im Kantonsrat. Diese Aufgabe möchte ich gerne wahrnehmen, weil mir bewusst ist, dass es nicht nur Plattformen für junge Menschen braucht, sondern auch, dass wir diese wahrnehmen.



## **Für einen fairen Ausgleich der Sozialleistungen**

*Roland Kappeler, Kantonsratskandidat, Gemeinderat, Ökonom und Gymnasiallehrer*

Seit 2012 politisiere ich für die SP im Gemeinderat Winterthur. Als Mitglied der Aufsichtskommission und Ökonom sind Zahlen mein Metier – sei dies bei der Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 oder der jährlichen Budgetdebatte.

Dabei realisiere ich zunehmend: Gerade in Finanzfragen stösst Winterthur immer wieder an Grenzen, die wir nicht selber gestalten können. Die kantonalen Rahmenbedingungen erscheinen aus kommunaler Sicht oft unfair und unflexibel. Bei Bildung, Gesundheit, Sozialem und Verkehr macht der Kanton oft regulatorische Vorgaben, überlässt die Finanzierung aber häufig den Gemeinden. Davon sind insbesondere Städte wie Winterthur betroffen. Deshalb setzt sich die SP seit langem für einen Ausgleich der Sozialleistungen innerhalb des Kantons ein. Auch bei der Umsetzung der Steuervorlage 17 kämpft die SP dafür, dass die kommunalen Steuerverluste durch die kantonale Gewinnsteuersenkung genügend kompensiert werden. Andernfalls müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vor allem aus dem Mittelstand sowie das öffentliche Personal die Kosten des internationalen Firmen-Steuerwettbewerbs tragen. Das ist nicht das, was die SP unter Gerechtigkeit versteht.

Umgekehrt sieht es bei der Raumplanung aus: Das eidgenössische Raumplanungsgesetz erlaubt neu eine Mehrwertabschöpfung, was gerade für Städte von grosser Bedeutung ist – nicht nur finanziell, sondern auch im Hinblick auf die Stadtentwicklung. Mit den viel zu tiefen Sätzen verunmöglicht der Kanton aber eine griffige Stadtentwicklungspolitik und schränkt den Handlungsspielraum der Gemeinden unnötig ein.

Es braucht mehr SP Winterthur im Kantonsrat.